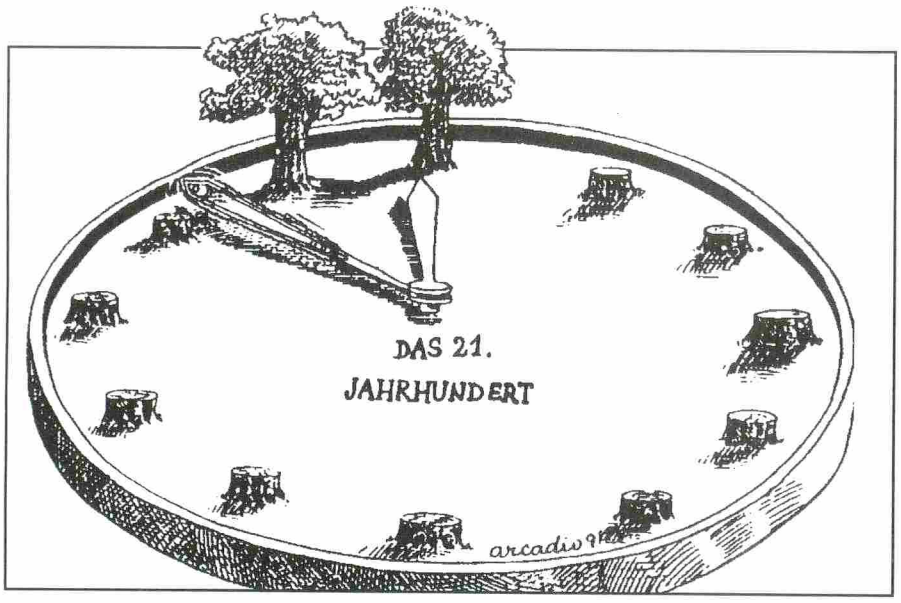
blickpunkt
308 8/96
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Keine Panikmache, aber ...

... wir schreiben ja schon das Jahr 1996



CDU-Landtagsabgeordneter will Flughafen-Ausbau außerhalb des Zauns

Nachdem jetzt die in Deutschland vertretenen Fluggesellschaften (BARIG) einen weiteren Ausbau des Rhein-Main-Flughafens anmahnten, fordert nun auch der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Stammler eine neue Expansion des Flughafens. Die Entwicklung des Luftverkehrs dürfe „nicht durch einen zufällig irgendwann einmal errichteten Zaun begrenzt werden", meinte er.
Wieder einmal wird deutlich, daß die hessische CDU lieber heute als morgen die weitere Ausdehnung will, das heißt dann aber auch: Weitere Waldverluste, weitere Umweltschäden.

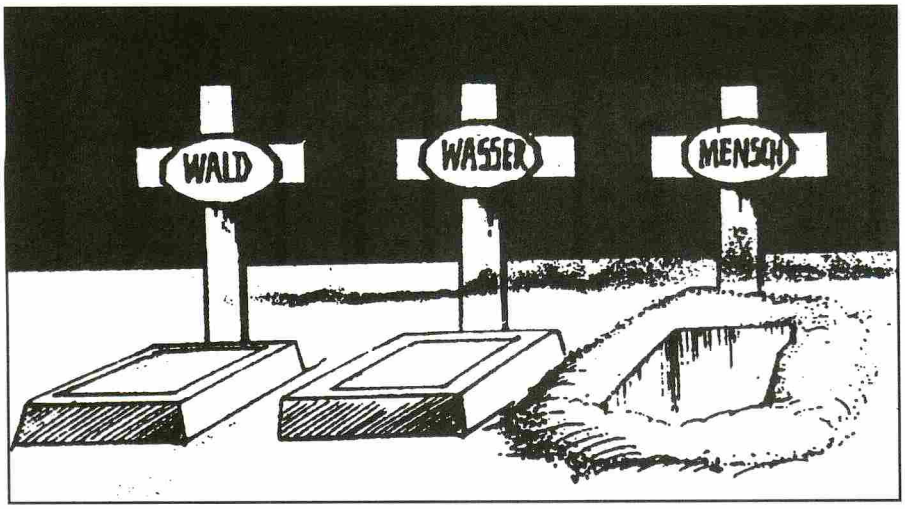
Umweltprobleme wachsen

Der Zubringerverkehr zu Flughäfen belastet die Umwelt ebenso stark wie der Luftverkehr selbst, denn viele Airports sind nur miserabel an das öffentliche Schienennetz angebunden. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Untersuchung der Verkehrsclubs Deutschlands. Die Belastung der Umwelt wird der Studie zufolge durch den Autoverkehr von und zu den Flughäfen, sowie durch den Luftverkehr selbst, in den nächsten Jahren drastisch zunehmen. Die Untersuchung habe ergeben, daß sich die Anzahl der Fluggäste in den nächsten 20 Jahren weltweit auf rund zwei Milliarden jährlich verdoppeln werde. In Deutschland werde sich die Zahl der derzeit jährlich 100 Millionen Fluggäste ebenfalls verdoppeln. Damit werde der Flugverkehr den automobilen Verkehr als „Klimakiller Nummer eins" ablösen.
Das Fluggastaufkommen auf den internationalen Verkehrsflughäfen stieg um 2,6 Prozent auf 53 Millionen Passagiere. Die Anzahl der startenden und landenden Flugzeuge nahm insgesamt um 1,4 Prozent zu. Das Luftfrachtaufkommen verzeichnete ein Plus von 3,6 Prozent auf fast eine Million Tonnen.
Für Frankfurt werden im ersten Halbjahr 1996 Zuwächse von 3,3 Prozent bei den Flugzeugbewegungen gemeldet. Neuester Coup: Man reduziert die Landegebühr für die Nacht. Jeder kann sich die Folgen ausrechnen.

Keine Panikmache, aber ...

Mit dem Forstlichen Rahmenplan Südhessen weist das Regierungspräsidium Darmstadt auf die Situation des Waldes. Es wird dabei deutlich: Wenn nicht in absehbarer Zeit die Luftschadstoffe deutlich reduziert werden und die starken Grundwasserabsenkungen eingestellt werden, wird ein mehr oder weniger flächenhaftes Absterben von

(Fortsetzung nächste Seite)



(Fortsetzung von Seite 1)

Keine Panikmache, aber . . .

Waldbeständen zumindest in der Rhein-Main-Ebene nicht mehr abzuwenden sein.
Die Probleme verdichten sich besonders im hessischen Rhein-Main-Gebiet. Hier stehen nur rund rund acht Prozent der hessischen Gesamtwaldflächen, die von 40 Prozent der hier lebenden Bevölkerung genutzt werden. An die noch vorhandenen Restwaldflächen werden deshalb auch große Anforderungen gestellt.
In der Rhein-Main-Ebene mit ihrer extremen Klimasituation spielt die jeweils örtliche grüne Lunge eine besondere Rolle in Sachen Klima-, Sicht-, Lärm- und Immissionsschutz.
Die Schäden des Waldes in Hessen haben insgesamt deutlich zugenommen. In der Rhein-Main-Ebene sind dabei die gravierendsten Schäden zu verzeichnen. Nahezu 90 Prozent der über 60jährigen Eichen,75 Prozent der alten Buchen und 64 Prozent der alten Kiefern sind schwer geschädigt. Aber auch im Bereich der jüngeren Bäume ist das Schadensniveau stark angestiegen. Lediglich rund ein Drittel aller Bäume unter 60 Jahren könnten in Südhessen als gesund eingestuft werden. Diese drastische Zunahme der Schäden innerhalb von nur 10 Jahren läßt die Behörde von einer ernsthaften Gefährdung der Waldökosysteme sprechen.

Stadt geht nicht mit gutem Beispiel voran

Alle Bürger werden heute angehalten, unser wertvolles Trinkwasser zu sparen, für den Bau von Regenwassernutzungsanlagen gibt es Zuschüsse. Wie aber jetzt bekannt wurde, geht die Stadt beim Umbau des alten Rathauses zum Verwaltungsgebäude nicht mit gutem Beispiel voran.
Es war zwar ein Erdtank mit einem Fassungsvermögen von 4,3 Kubikmeter zur Sammlung des Regenwassers geplant und hierfür auch 12.730,-DM vorgesehen. Nunmehr will der Magistrat hiervon absehen und die Mittel einsparen. Als Grund wird angegeben, daß im Boden an der vorgesehenen Stelle zu viele Elektro- und Wasserleitungen verlaufen. Das Vorhandensein dieser Leitungen sei nicht bekannt gewesen und erst nach Anlegen von Suchgräben bekannt geworden. Bei einem Privatmann kann man so etwas noch verstehen. Aber bei der Stadt, mit einem angegliederten Bauamt, sollten über alle verlegten Leitungen Unterlagen vorhanden sein.
Außerdem ist nicht vorstellbar, daß kein alternativer Platz in der Nähe des Gebäudes zu finden ist. Wo ein Wille ist, ist bekanntlich auch ein Weg. Bei der Anzahl der Beschäftigten, die in diesem Gebäude künftig tätig sind und bei den beiden in der Nähe befindlichen städtischen, öffentlichen WC-Häuschen, würde sich die Nutzung des Regenwassers für die Toiletten auf jeden Fall lohnen. Nur an die Einsparung der jetzt anfallenden Kosten zu denken, ist kurzsichtig. HH

Bürgersteig überbaut

Sachen gibt's . . . ! Der Allendeplatz wird mit einem Geschäfts-/ Wohnhaus bebaut. Der 1,35 m breite Bürgersteig zur Schumannstraße war den Bauherren scheinbar zu breit. Deshalb steht der Eingangsbereich des Hauses teilweise auf dem Bürgersteig, so daß bis zur Bordsteinkante nur noch 84 cm verbleiben. Frage: Wofür haben wir eigentlich ein Bauamt? Wird bei Baugenehmigungen und während der Bebauung nicht einmal nachgeschaut, ob alles in Ordnung ist? „Der Stadt Mörfelden-Walldorf ist da wohl ein Fehler unterlaufen", sagt Kreisspressesprecher Mikolajczyk.
Der Kommentar aus dem Rathaus: 'Die haben damals (vor 25 Jahren) den Bürgersteig verkauft; das ist Privatgelände'. Daß das Gebäude in seiner Breite nicht auf diesem Gelände nebst Bürgersteigen Platz hat, hätte doch eigentlich den Bauämtern in Groß-Gerau und in Mörfelden auffallen müssen.

Ein Streifen des städt. Gebäudeteils wurde jüngst den Bauherren verkauft. Auch dies mit Bürgersteig? Das Gelände wurde eigens neu vermessen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten die Alarmglocken klingeln müssen. Nun hört man aus dem Rathaus, daß der Bürgersteig entfallen soll. Damit sind die Bürgerinnen und Bürger (darunter auch SeniorInnen aus dem nahegelegenen Altenhilfezentrum, oft mit Gehhilfen) gezwungen auf der Straße zu laufen.
Man bedenke, daß die Stadt in den letzten 20 Jahren im Winter den Schnee beseitigte, weil sie im Glauben war, das sei städt. Gelände!
Man kann sich nicht herausreden, das wären 'Altlasten einer Verwaltung vor 20 und mehr Jahren, das sind neue Fehler, die da im Rathaus praktiziert werden. Wenn auch Schilda weit weg ist, Schildbürgerstreiche werden auch hierzulande ausgeheckt. Hoffentlich ist man jetzt so wach und beobachtet genau ob nicht weitere Baugrenzen überschritten werden D. R.

Probeexemplare bestellen!
UZ
Wochen-Zeitung der DKP

LINKE RUNDE

DISKUSSIONSFORUM DER DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

4. September 1996
Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
. . . und wie weiter?
Referat und Gespräch mit
Dr. Ellen Weber

30. Oktober 1996
Jeder wird alt - und dann?
Neues von der Pflegeversicherung
Mit Edith Dinkelaker,
Leiterin des Altenhilfezentrums
Mörfelden-Walldorf

Alle Veranstaltungen sind öffentlich und beginnen jeweils um 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Heißt die „Dreihäusergasse" bald „Zweihäusergasse"?

Noch gibt es das „Hofmeier-Haus" in der Dreihäusergasse 4. Die Stadt hat das Haus für eine sehr stattliche Summe erworben, um nach dem Abriß hier Parkplatz zu schaffen. Das Haus steht auf einem 800 Quadratmeter großen Areal mitten in der Mörfelder Altstadt hinter dem Heimatmuseum. Es schließt an den herrlichen Museumsgarten (unteres Bild), der zum Teil von Schülerinnen und Schülern bepflanzt wird. Ein Refugium für Vögel und Igel, in dem es Hecken und alte Bäume gibt.
Man kann sich darüber streiten, ob das alte Haus abgerissen werden muß. Die Bausubstanz ist den städtischen Parlamentariern jedenfalls gänzlich unbekannt - eine Begutachtung durch den Bauausschuß scheint erst einmal notwendig.
Die Pläne, dort Parkplätze einzurichten halten wir aber für falsch. Erstens ginge die Zu- und Abfahrt über die enge Dreihäusergasse. Zweitens würde der Parkplatz in einer völlig unübersichtlichen Ecke entstehen (in heutiger Zeit ein großes Sicherheitsproblem). Drittens ist es eine wachsende Erkenntnis, mehr Parkplätze in den Innenstädten ziehen immer mehr Verkehr dorthin. Und das will ja auch niemand. Mit der Idylle hinter dem Heimatmuseum wäre es jedenfalls für immer vorbei.

Ein paar Parkplätze für eine Million?

Die Stadt erwarb das Haus und Gelände in der Dreihäusergasse hinter dem Heimatmuseum. Die Preise werden sich am Niveau für bestes Baugelände im Innenstadtbereich bewegt haben, war zu hören. Parkplätze sollen entstehen, nachdem der Bürgermeister mit seinen ursprünglichen Parkplatzplänen in der Kalbsgasse nicht durchkam. Ist das nicht ein wenig übertrieben, Gelände im Millionenwert zu erwerben um ein paar Autoabstellplätze einzurichten? Und das angesichts des Finanzlochs in der Stadtkasse. Sicher sinniert man dann bald wieder über Gebührenerhöhungen, damit die Bürger auch ihr Scherflein beitragen können zu den schönen Ideen der Magistratsoberen. Das Haus 'ist in sehr schlechtem Zustand', heißt es, also weg damit. Auch die Abrißkosten trägt der neue Eigentümer, die Stadt - also der Steuerzahler.

R. D.

Heinrich Hormel zum 80.

Ein Verein, der solche aktive Mitglieder hat, kann sich glücklich schätzen. Die Betätigungsfelder von Heinrich Hormel waren von jeher der Handball und die Leichtathletik. Schon in jungen Jahren im Turnverein organisiert, hat er, unterbrochen durch Krieg und Gefangenschaft, stets seinem Verein, nach 1945 der SKV, die Treue gehalten. Neben seiner aktiven Tätigkeit übernahm er schon sehr früh - und so ist es bis heute - viele organisatorische Aufgaben. Hierzu zählt die seit 1977 ausgerichtete und weit über die Stadtgrenzen bekannte Winterlaufserie, oder die Organisation bei Sportfesten. Außerdem ist er der Vater des Sportabzeichens in unserer Stadt schlechthin. Bis zum heutigen Tag liegt der gesamte Ablauf, der von Mai bis Oktober laufenden Trainings-und Abnahmetermine, an denen sich weit über 70 Sportler beteiligen, in seinen Händen. Auch nimmt er selbst an den fünf Wettbewerben teil und erringt in diesem Jahr zum 25. mal die Auszeichnung in Gold. Nicht unerwähnt darf seine hervorragende Tätigkeit in der Statistik und bei der Herausgabe der Leichtathletik-Jahreszeitung, sowie seine Mitarbeit am SKV-Report und der Vereins-Pressearbeit, bleiben.
Für all dies ist Heinrich Hormel Dank zu sagen.
Am 31. August feiert er gemeinsam mit seiner Familie und seinen Sportfreunden seinen 80. Geburtstag. Die blickpunkt-Redaktion wünscht ihm hierzu alles Gute und noch viele Jahre Gesundheit. HH

Bürgersteige als Parkflächen

Eine Unsitte hat um sich gegriffen. Die Rede ist von den Bürgersteigen, die von parkenden Autos mißbraucht werden. Manch junge Mutter (oder Vater) mit Kinderwagen kann ein Lied davon singen, wenn rücksichtslose Autofahrer den Bürgersteig zuparken, so daß man auf die Straße ausweichen muß

Bei der Diskussion um verkehrsberuhigte Straßen in Walldorf tauchte das Thema in den Parlamentsausschüssen auf. Anwohner der betroffenen Straßen hatte sich teilweise lautstark zu Wort gemeldet, die Engpässe befürchten, wenn die Bürgersteige nicht wie bisher als Parkraum genutzt werden könnten. So gab die Mehrheit der Parlamentarier nach und beschloß, daß mindestens 1,20 m für die Fußgänger übrig bleiben soll. Damit hätte die Ortspolizei auch eine Handhabe gegen Verkehrssünder.

Allein das Ausschußmitglied Rudolf Dötsch von der DKP/OL-Fraktion ließ wissen, daß die Erbauer der Bürgersteige sich doch etwas dabei gedacht haben. Zudem seien 1,20 m Bürgersteigbreite nicht gerade üppig für zwei sich begegnende oder nebeneinander laufende Fußgänger. Schließlich seien die Grundstücke in Walldorfs Altstadt so groß, daß Parkraum dort genügend vorhanden sein müsse. Grundsätzlich solle das Bürgersteigparken nicht erlaubt werden. Ausnahmen gäbe es nur in ganz wenigen Straßen im Stadtgebiet, und diese gehören durch Markierungen auf dem Pflaster kenntlich gemacht. 'Wer Verkehr beruhigen will, darf nicht zulassen, daß die Fußgänger zwischen parkenden Karossen Slalom laufen.'

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit lautet ein Argument: 'Wir haben die repräsentative Demokratie!' Somit fällen die gewählten Parlamentarier die Entscheidungen. Hat man ein bestimmtes Ziel, hier die Verkehrsberuhigung und Verbesserung des Straßenbildes, dann kann nicht opportunistisch gehandelt werden. Man handelt sich so leicht den Vorwurf der 'Politikunfähigkeit' ein. Ein Beispiel war die Renovierung der Rüsselsheimer Str. in Mörfelden. Radwege hätten einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung und zur Sicherheit der Radfahrer bedeutet. Durch Befragen der Anwohner unterblieben Radwege. Die 'Rennstrekke' ist somit perfektioniert. Fehlt nur noch, daß sich jemand über den Verkehrslärm beschwert D. R.

Stadtwerke machen Gewinn

Der Abschlußbericht der Stadtwerke, die die Wasserversorgung in unserer Stadt besorgt, liegt nun vor und vermeldet einen Gewinn von über 146.000,- DM in 1995. Damit ist der Überschuß seit 1993 kontinuierlich gesunken, doch immerhin wurden schwarze Zahlen geschrieben. Ein erfreuliches Ergebnis, oder? Ein paar kritische Anmerkungen seien aber dennoch gestattet: Grundsätzlich ist der Überschuß zuviel gezahlte Wassergebühr. Die Steuern, die bei Überschuß anfallen beliefen sich immerhin auf ca. 200.000,- DM. Sie hätten bei einem 0:0- oder Defizitergebnis weitgehend eingespart werden können. Im letzten Jahr wurde eine Konzessionsabgabe von 98.300,- DM an die Stadt abgeführt. (Das ist für die Genehmigung, daß die Stadtwerke auf dem Gebiet der Stadt die Wasserversorgung betreibt.) Eigentlich könnte die Stadt auf diese Einnahme verzichten. Zählt man diese Posten zusammen und teilt sie durch die Wasserfördermenge, so kommt man zu dem Schluß, daß pro Kubikmeter 18 Pf zuviel gezahlt wurden.
Zwar merkt man an, daß der Wasserpreis in unserer Stadt immer noch erheblich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte liegt, doch sei auch erwähnt, daß die Wassergestehungskosten hier besonders günstig sind. Die Wasserqualität ist so gut, daß man auf besondere Maßnahmen zur Aufbereitung bisher verzichten konnte.
Wir werden in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk auf die Kostenentwicklung und die Preisgestaltung der Stadtwerke legen müssen. Die Begehrlichkeit des Kämmerers ist angesichts der knappen Finanzmittel in der Stadtkasse nicht zu unterschätzen. Z. B. stiegen die Verwaltungskosten, die den Stadtwerken in Rechnung gestellt wurden, von 1994 auf 1995 um runde 30%. R.D.

„Der Bürger ist out - es lebe der Kunde" . . .

. . . solche Sprüche hört man heute überall. Verwaltungsreformen stehen auf der Tagesordnung. Auch in unserer Stadt wird über dieses Thema heftig diskutiert. Der SPD-Sprecher spricht dann schon mal von „Controlling" und „Benchmarking", ein Grüner will „Motivationsschübe" und der Sprecher der CDU möchte genau wissen wieviel Meter Treppenhandlauf die Putzfrau im Rathaus in welcher Zeit erledigt. Die Vision vieler Verwaltungsreformer: Das Rathaus wird Konzernzentrale.

„Neues Steuerungsmodell" heißt das Zauberwort, mit dem muffig-düstere Amtsstuben in freundlich-moderne Dienstleistungszentren verwandelt werden sollen, bürokratisch-bockige Staatsdiener in kundenorientiert-flexible Serviceberater und mit dessen Hilfe dem deutschen Amtsschimmel das störrische Wiehern abgewöhnt und das Fliegen beigebracht werden soll.

Dieses Hokus-Pokus der neu-deutschen Verwaltungsreform wird dem staunenden Publikum verkauft mit einem Wortschwall, der jeden Super-Hightech-Pfannen-Verkäufer im Kaufhof blaß werden ließe: „Elemente des neuen Steuerungsmodells sind die dezentrale Ressourcenverantwortung, die Budgetierung, die output-orientierte Steuerung auf der Basis von Produkten und das Kontraktmanagement." Der Kern des Konzepts ist schnell erklärt: Die städtische Verwaltungen sollen umgekrempelt werden nach den Strukturen eines Unternehmenskonzerns. Aus den einzelnen Ämtern und Kommunalbetrieben werden Tochterunternehmen des Konzerns „Stadt", kommandiert von deren weisungsabhängigen Managern, den Amtsleitern. Das Kommunalparlament darf die Rolle eines (kastrierten) Aufsichtsrats spielen, und die Bürgerinnen und Bürger haben sich gefälligst zu benehmen wie Kundinnen und Kunden, die die „Produkte" dieses „Konzerns" konsumieren dürfen oder auch nicht. Ist doch ganz einfach, oder?

Verwaltungsreform soll in diesem Modell, dadurch bewerkstelligt werden, daß betriebswirtschaftliche Methoden und Begriffe, wie sie in den Konzernetagen der privaten Unternehmen propagiert und probiert werden, auf die öffentliche kommunale Verwaltung übertragen werden: das zum „Lean government" gemauserte „Lean management" soll Deutschlands Städte vor dem Ruin retten.

Vorturner der Reformstrategen sind also Deutschlands Konzernchefs. Da kommen einem doch Zweifel: Wer hat trotz „Lean management" und „Controlling-Center" - z.B. die Metallgesellschaft gegen die Wand gefahren? Wer ist verantwortlich für das mehrfache Desaster bei Daimler Benz? Ist die Art, ein Unternehmen zu führen wie etwa die Bremer Vulkan-Werft, wirklich so effektiv und billig? Kennen vielleicht der Opel-Konzern und die FAG keine Vetternwirtschaft und die Deutsche Bank keine Korruption?

Einige Fragen sollten in den Diskussionen noch angesprochen werden:
Es wird behauptet, die am Gesetzesvollzug orientierte öffentliche Aufgabenerfüllung sei altmodisch, bewirke die Bürokratisierung der Verwaltung, produziere Formulare und Verkrustung, engstirnige Beamte und teure Ämter. Aber liegt das nicht vielmehr an den Bundes- und Landesgesetzen selbst, die die Kommunen zu vollziehen haben? Ein Sozialhilferecht etwa, das Arme gängelt, eine menschenwürdige Grundsicherung nicht garantiert, das von den Hilfebedürftigen das Ausfüllen von mindestens drei Formularen verlangt, bevor sie im Winter einen Pullover und im Sommer eine Badehose bekommen (oder auch nicht), wird auch nicht dadurch akzeptabler, daß man diese gesetzlich gewollte Diskriminierung umdeutet in „Dienstleistung", die Warteflure des Sozialamts kundenfreundlich frisch tüncht und mit Yukka-Palmen dekoriert.

Im „Neuen Steuerungsmodell" werden kommunale Leistungen zu „Produkten", soll die Verwaltung mit Methoden der Marktorientierung steuern und das Geld zum wesentlichen Maßinstrument der Lenkung und Qualitätskontrolle machen. Die Verwandlung öffentlicher Aufgaben in beliebige Waren- und Dienstleistungsangebote dient so vor allem und erklärtermaßen der Streichung und Kürzung bislang selbstverständlicher kommunaler Angebote. „Produktorientierung" macht das Geld zum Maß aller Dinge, nicht mehr nur aller privat produzierten, sondern dann auch der öffentlichen. Wie hoch ist aber z.B. der geldwerte Vorteil kommunaler Förderung von Behinderten und Außenseitern, freien Sozial- und Kulturgruppen?
Nun kann nicht bestritten werden, daß auch die Kommunalverwaltungen modernisiert werden müssen. Den staatlichen politischen Souverän, die Bürgerschaft, in eine diffuse Masse von Kunden zu verwandeln, wird aber dem Ziel einer Stärkung von bürgerschaftlicher kommunaler Selbstverwaltung nicht gerecht.
Wir brauchen keine „outputorientierte Steuerung" sondern mehr Geld für die Kommunen und mehr unmittelbare Demokratie.

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!
Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Unfälle, immer wieder Unfälle

Am Sonntag, 7. 7. knallte es beim abendlichen Fernsehprogramm. Weil die Filmhandlung nicht danach war, gingen die Rolläden hoch und siehe da, auf der Kreuzung Bürgermeister-Klingler-Str./Schubertstr. waren zwei Pkw zusammengestoßen - Personenschaden - Abschleppdienst. Am nächsten Tag knallte es an gleicher Stelle schon wieder. Ein Motorradfahrer und ein Auto stießen zusammen - Personenschaden, Notarzt. Auf dieser Kreuzung knallt es häufiger. Ein Grund, daß Polizei und Ortspolizeibehörde (Bürgermeister) dort tätig werden. Entweder ist die Kreuzung unübersichtlich, weil zwei Baustellen in der Nähe sind dann - muß man besondere Vorkehrungen treffen - oder die Vorfahrtsregelung ist schuld. Die Umsetzung des 30-km-Beschlusses wäre für diesen Wohnbereich leicht zu realisieren, weil keine überregionalen Straßen durch das Gebiet führen. Doch weil der Vorschlag von der DKP/OL-Fraktion kam, wird er wohl nicht so schnell umgesetzt.

D. R.

Offziell 3,912 Millionen erwerbslos 240.000 Jugendliche ohne Lehrstelle

Die Zahl der Arbeitslosen ist wieder deutlich gestiegen. Rund 3,912 Millionen Menschen waren im Juli offiziell als erwerbslos registriert.
Insgesamt standen im Vergleich zum Vorjahr 321.100 Menschen mehr ohne Job da. Die Arbeitslosenquote kletterte innerhalb eines Jahres von 9,4 auf 10,2 Prozent.
Im Westen waren 2,765 Millionen arbeitslos, im Osten waren 1,147 Millionen betroffen. Die Quote nahm hier binnen eines Jahres von 13,9 auf 15,4 Prozent zu. Besonders hoch war mit 48,1 Prozent der Frauenanteil. Im Osten betrug er sogar 59,4 Prozent.

Die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen sank im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent.

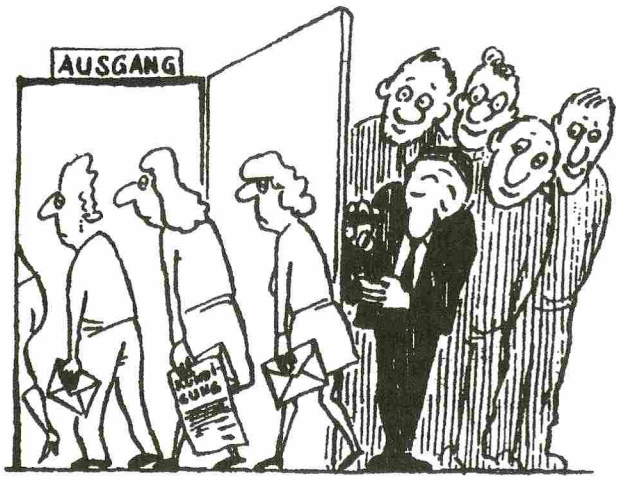
Bei den Arbeitsämtern waren Ende Juni noch 240.000 Jugendliche ohne Lehrstellen registriert. Der Bedarf wird mit über 620.000 Lehrstellen angegeben.

Nach Angaben der DGB wächst zudem die Zahl der „Altbewerber", die mehr als ein Jahr nach einer Lehrstelle suchen und deren Chancen immer schlechter werden, von Jahr zu Jahr. Auch das Handwerk, auf das die Großbetriebe die Ausbildung häufig abgeschoben haben, bildet weniger aus. In Ostdeutschland driften Angebot und Nachfrage nach Lehrstellen noch weiter auseinander.
Die Reaktion der Unternehmer auf diese verheerende Situation: Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags Stihl will die Ausbildungsvergütungen um ein Drittel senken, die tariflich gesicherte Übernahme streichen und die Gewerkschaften aus der Mitverantwortung für neue Berufsbilder drängen.

Die Krönung des Hohns: Bundeskanzler Kohl - meldet das Bundeskanzleramt - wolle „die Wirtschaft in die Pflicht nehmen". Aus seinem Urlaub telefoniere er „persönlich" (!) mit den Vorstandsvorsitzenden der großen Konzerne.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an das Wahlversprechen Kohls, daß jeder eine Lehrstelle bekommen soll, der eine Lehrstelle will.

Wie auf Bundesebene ist auch im Kreis Groß-Gerau im Monat Juli die Arbeitslosenquote gestiegen. So stieg im Juli auch hier binnen Monatsfrist die Quote von 6,2 Prozent (2740 Personen) auf 6,6 (2943). Erhöht hat sich in Groß-Gerau auch die Zahl arbeitsloser junger Leute. Die Zahl der freien Stellen ging in dem Zeitraum zurück.



„Ladys first! Eine schöne Tradition europäischer Ritterlichkeit".

Übermaß

Der Fuldaer Erzbischof hat Gewerkschaften und der Kirche vorgeworfen, eine unseriöse Armutsdiskussion zu führen. Objektiv gesehen sei Deutschland immer noch eines der reichsten Länder der Welt. Wenn man aber die Gewerkschaften oder „so manche Sprecher des Caritasverbandes" höre, grassiere in der Bundesrepublik bittere Armut, schrieb Dyba in der Bistumszeitung Bonifatiusbote.

Er stellte sich hinter das Bonner Sparpaket, das „notwendige Korrekturen unseres Übermaßes" vornehme. Diese sollen mit christlicher Dankbarkeit, Fassung und Anstand ertragen werden.

Ehrenbriefe und neue Fragen

Die DKP-Stadtverordneten Rudi Hechler und Rudolf Dötsch können Ehrenbrief erhalten, hieß es in der „Frankfurter Rundschau". Diese veränderte Haltung in der Staatskanzlei ist das Ergebnis vieler Proteste. Nicht zuletzt haben sich auch bekannte Sozialdemokraten bei Eichel für die Verleihung eingesetzt. Unverständlich sind uns aber ein paar andere Dinge. Wir verstehen nicht, weshalb Bürgermeister Brehl (so die FR) „eine angeforderte Stellungnahme drei Jahre lang nicht abgibt". Im besten Fall kann man hier nur Schludrigkeit vermuten - vermutlich aber war es opportunistische Taktiererei.
Wir verstehen nicht, daß die Staatskanzlei eine „politische Unbedenklichkeitserklärung" für notwendig hält. Wenn sie damit „zu Kreuze kriechen" meint, dann täuscht sie sich. Man muß daran erinnern: Der demokratische Neubeginn nach 1946 begann mit der Verfassungsberatenden Landesversammlung. Hier hat auch die KPD mitgearbeitet, darunter ein Mörfelder Kommunist. Der erste Arbeitsminister war Oskar Müller von der KPD. Gerade in diesem Zusammenhang finden wir den Vergleich des Eichel-Vertrauten Schmidt-Deguelle „DKP gleich REP" für ungeheuerlich. Es waren nicht die Kommunisten, die die Hessische Verfassung verwässert und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ausgehöhlt haben.
Heute ist der „reale Kapitalismus" im Begriff, in ungeheurem Tempo wesentliche Ergebnisse sozialer Kämpfe zu zerstören. Die Globalisierung nutzend, erzielt das Kapital mit immer weniger Arbeitskräften Maximalgewinne und ist zudem in der Lage, auf internationalen Märkten Finanzspekulationen gigantischen Ausmaßes zur Anhäufung neuer Profite zu tätigen. Den Reichen werden weitere Steuergeschenke gemacht, während Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Sozialhilfebeziehern immer schmerzlichere Opfer zugemutet werden. Das ist Klassenkampf von oben. Wir sind der Meinung, daß Gegenwehr - nennen wir es ruhig Klassenkampf - von „unten" entgegengesetzt werden muß. Dafür wollen wir uns auch weiter einsetzen.

Rudi Hechler Rudolf Dötsch

40 Jahre KPD-Verbot

Viele haben es vergessen, viele wollen es gar nicht erst wissen: Politische Verfolgungen und schlimmes Unrecht gab es auch im Westen Deutschlands. Am 17. August 1956 - vor nunmehr vierzig Jahren - erließ das Bundesverfassungsgericht das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. Juristen von hohem Rang werteten und werten dieses Urteil als einen „Eingriff in das demokratische pluralistische Spektrum selbst".

Bereits fünf Jahre vorher, am 26. Juni 1951, war die Freie Deutsche Jugend in Westdeutschland verboten worden, weil sie gegen die Remilitarisierung und für den Erhalt der deutschen Einheit aktiv war.

Zu dieser repressiven staatlichen Politik gehört der bewaffnete Einsatz der Polizei gegen die „Friedenskarawane der Jugend" am 11. Mai 1952 in Essen, bei welcher der Münchner FDJler Philipp Müller durch Schüsse in den Rükken getötet wurde. Er war der erste Tote im Kalten Krieg auf deutschem Boden! Täter und Verantwortliche, obwohl bekannt, wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Aber Mitstreiter Philipp Müllers wurden als angebliche Rädelsführer vor Gericht gestellt. Von 14 wurde einer freigesprochen. Die anderen 13 wurden von der Politischen Sonderkammer des Landgerichts Dortmund zu insgesamt über 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatten die Haftzeit voll abzusitzen.

Noch bevor das KPD-Verbotsurteil verkündet wurde, waren im Zeitraum 1950-55 gegen FDJler 35.189 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. 6.429 Jugendliche wurden verhaftet und in 425 Prozessen zu 1.029 Jahren Gefängnis verurteilt.

Als 1945 der Alptraum von Krieg und Faschismus vorbei war, sollte alles getan werden, damit sich das Vergangene nie wiederholen könne. Darum gehörten Kommunisten und FDJler zu den Millionen Menschen in Westdeutschland, die für ein einiges, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland aktiv waren, die sich der Spaltung unseres Landes durch die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Westdeutschlands widersetzten, die Widerstand leisteten gegen die von Adenauer betriebene Durchsetzung des staatlichen Apparats auf allen Ebenen mit alten Nazis, die sich der Wiederherstellung der großkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse entgegenstemmten.

NAZIJURISTEN IM DIENSTE ADENAUERS

Von Beginn an war die Adenauer-Regierung bestrebt, sich an Stelle öffentlicher politischer Auseinandersetzung mit der politischen Linken, insbesondere der KPD, ein juristisches Instrumentarium zu deren Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben zu schaffen. Erfahrene Nazijuristen waren ihr dabei zu Diensten. Zu ihnen gehörten Globke, Ritter von Lex, Westrick, Vialon und Dr. Josef Schafheutle, um nur einige zu nennen. Bernt Engelmann schrieb über die Durchsetzung des gesamten bundesdeutschen Staatsapparats mit alten nazistischen Juristen, die sich bei der Schaffung der juristischen Grundlagen des hitlerschen Terrorregimes bzw. als dessen Richter und Staatsanwälte bei der Vernichtung Hunderttausender dem Faschismus nicht genehmer Menschen Meriten erworben hatten.

VERSCHÄRFUNG DES KALTEN KRIEGES

Das KPD-Verbotsurteil kann nur als ein Ausdruck der damals enormen Verschärfung des kalten Krieges an der Nahtstelle der einander entgegengesetzten Gesellschaftssysteme begriffen werden. Zwischen 1949 und 1968 waren 500.000 Bundesbürger mittelbar, von ihnen rund 200.000 unmittelbar von polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren betroffen; 10.000 wurden zu z. T. langjährigen Freiheitsstrafen, zumeist verbunden mit Nebenstrafen wie Polizeiaufsicht und Aberkennung der Grundrechte, verurteilt. Während von Alliierten Militärgerichten verurteilte Kriegsverbrecher rehabilitiert wurden, Haftentschädigung und oft hohe Pensionen erhielten, standen nun oftmals antifaschistische Widerstandskämpfer erneut vor Gericht und hatten es nicht selten mit aus der Nazizeit berüchtigten Staatsanwälten und Richtern zu tun. Haftentschädigungen und Renten wurden ihnen wieder aberkannt oder die Zuerkennung verweigert.

Eine neue Broschüre der „blickpunkt"-Redaktion.

Wer sich für die Stadtgeschichte interessiert, kann nicht daran vorbeigehen.

Erhältlich für DM 5,- in Buchhandlungen
und bei den Mitgliedern der DKP in Mörfelden-Walldorf.

Immer noch gibt es zu viele Atomwaffen

Am 6. August vor 51 Jahren warf ein amerikanischer Bomber auf die Stadt Hiroshima die erste Atombombe ab. Noch heute leiden viele hunderttausend Menschen an den Folgen. Die Gefahren der Nuklearwaffen sind noch lange nicht überwunden. Derzeit sind bei den Armeen der Atommächte noch 48.000 Sprengköpfe eingelagert, die ein Vernichtungspotential haben, das 6 Millionen mal höher ist, als die Bombe von Hiroshima.

Weltweit wird weiter an der Entwicklung noch brisanterer Bomben gearbeitet.

Ein allgemeiner Teststopp wäre ein wichtiger erster Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der Sprengkörper.

Gerade heute, zum „Antikriegstag" am 1. September 1996, muß gefordert werden:

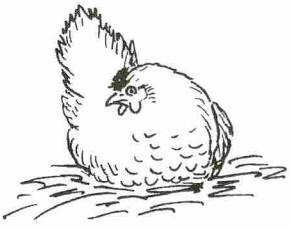
Jetzt radikal runter mit der Rüstung!
Den Eurofighter stoppen!
Arbeitsplätze statt Kriegsschauplätze!

Stadtgeschichten

Roggenernte in Mörfelden im Jahr 1941- in unserer Gegend hieß es einfach „Korn abmache". Es fuhr noch kein Mähdrescher über die Felder. Mühsam mußte Schlag für Schlag mit der Sense, in diesem Fall mit dem Reff (von raffen), das Getreide abgemäht werden.
Hinter dem Mäher ging, rückwärts in gebückter Haltung, die „Kleckerin", die mit der Sichel das Gemähte aufhob und auf ein aus Strohhalmen geknüpftes Seil legte. Das legen der sogenannten Seilchen war Aufgabe der Kinder.
Nach dem Zusammenbinden der „Geklecke" wurden die „Bosen" zum Abtrocknen zu Kornhaufen aufgestellt. Erst nach Tagen, je nach Witterung, wurde die Ernte auf Wagen geladen und zur Dreschmaschine auf dem Dreschplatz gefahren.
Eine mühevolle Arbeit, ganz besonders im Jahre 1941, als das Foto entstand. Es begann das dritte Kriegsjahr. Viele Männer waren im Krieg oder weit von der Heimat dienstverpflichtet, sodaß auf den Frauen die ganze Last lag. Unser Bild zeigt Albert Fändrich und Eva Knodt.

DKP-Grillfest '96 im Hof des „Goldenen Apfel". Essen, Trinken, Tombola und viele Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern. Ein Thema: die Kommunalwahl im nächsten Jahr. „Ihr mißt wirrer rinn!", meinten viele. Gut, wir strengen uns an!

Unser Lexikon



Hinkel
Huhn, Hühner

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.